



# GEMEINDE ADELSCHLAG

## DER BÜRGERMEISTER

Gemeinde Adelschlag · Bahnhofstr. 7 · 85111 Adelschlag

Netzentwicklungsplan Strom  
Postfach 10 05 72  
10565 Berlin

konsultation@netzentwicklungsplan.de

Adelschlag, 30.04.2014  
Telefon: 08424 / 891130  
Mobil: 0171 / 9963160  
FAX: 08424 / 891155  
E-Mail: andreas.birzer@nassenfels.de  
Sprechzeiten in Adelschlag: 16.30 bis 17.30 Uhr  
den Ortsteilen Pietenfeld: 17.45 bis 18.45 Uhr  
Donnerstag Ochsenfeld: 19.00 bis 20.00 Uhr  
Möckenlohe: nach Vereinbarung

*Die Gemeinde Adelschlag ist Mitglied der Verwaltungsgemeinschaft Nassenfels, Schulstr. 9, 85128 Nassenfels, [www.adelschlag.de](http://www.adelschlag.de)*

### Stellungnahme zum Netzentwicklungsplan 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die nachfolgenden Einwendungen richten sich gegen den Korridor D mit der HGÜ-Verbindung D09 Lauchstädt – Meitingen (Gleichstrompassage Süd-Ost).

Beginnend mit der Anhörung zum Bundesbedarfsplangesetz 2013 vor dem Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages im April 2013 kamen Informationen an die Öffentlichkeit, die es zur Gewissheit werden ließen, dass die Begründung für die Gleichstromtrasse Süd-Ost mit dem Transport von Strom aus erneuerbaren Quellen, sprich Strom aus Windkraftwerken in Norddeutschland, vorgeschoben ist. Es wurde klar, dass die Trasse in erster Linie geplant ist, um Strom aus der Verfeuerung von Kohle in den Süden Deutschlands und über die Staatsgrenzen hinweg zu leiten.

Die geplante Gleichstromtrasse Süd-Ost würde einer Entwicklung Vorschub leisten, die mit den Schlagwörtern „Der Ausstieg aus der Atomenergie wird zu einem Einstieg in den Ausbau der Kohleverstromung“ beschrieben werden kann. Damit würde der Bau der Gleichstromtrasse Süd-Ost die klimapolitischen Ziele, die von der Bundesregierung angekündigt wurden, über Bord werfen.

Die nicht mehr zu übersehende Veränderung des Klimas in Europa und weltweit müsste eigentlich Grund genug sein, statt einer Steigerung der Kohleverstromung das Ausmaß der Kohleverbrennung zur Stromgewinnung zu verringern. Dabei geht es nicht nur um eine prozentuale Abnahme, sondern um eine Abnahme der absoluten Zahlen der verbrannten Stein- und Braunkohle.

Konten	IBAN	BIC
Raiffeisenbank-Volksbank Neuburg/Donau eG	DE62 7216 9756 0003 2140 10	GENODEF1ND2
Sparkasse Eichstätt	DE81 7215 1340 0000 1501 10	BYLADEM1EIS
Raiffeisenbank Ingolstadt-Pfaffenhofen-Eichstätt eG	DE22 7216 0818 0001 0042 04	GENODEF1INP

**Sprechzeiten der VG Nassenfels**

Vormittag	Montag, Mittwoch, Donnerstag u. Freitag 8:00 bis 12:00 Uhr, Dienstag geschlossen
Nachmittag	Montag 14:00 bis 17:00 Uhr, Mittwoch 16:00 bis 19:00 Uhr

Der Netzplan 2014 geht nicht von einer Energiewende aus, die auf dezentrale Gewinnung von elektrischer Energie und Verteilung über kurze Strecken zum Verbraucher setzt. Es ist allgemein bekannt, dass eine dezentral angelegte Energieversorgung relativ wenig Zubau im Hochspannungsbereich benötigt und so gut wie keinen Zubau im Bereich der Höchstspannung. Man kann von Netzbetreibern im Höchstspannungsbereich nicht erwarten, dass sie eine Planung vorlegen, in der sie feststellen, dass im Bereich der Höchstspannung kein Zubau nötig ist im Gegensatz zum Bereich der niedrigen Spannungen, in dem sie nicht unternehmerisch aktiv sind.

Die nicht akzeptable (oder unerträgliche) Bündelung von Firmeninteressen, Bedarfsplanung und Durchführung des Anhörungsverfahrens in der Hand der betroffenen Firmen ist beispiellos im politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland.

**„Alle eingebrachten Stellungnahmen werden durch die Übertragungsnetzbetreiber gewissenhaft geprüft.“** (Aus einem Schreiben der vier Übertragungsnetzbetreiber mit dem Betreff „Veröffentlichung und Konsultation NEP und O-NEP 2014/Sensitivitäten 2014“, das über Emails verteilt wurde.)

Wir lehnen die Prüfung der Stellungnahmen durch die Übertragungsnetzbetreiber ab. Ein schöneres Beispiel für die Redensart „Den Bock zum Gärtner machen“ kann es wohl nicht geben.

Die Firma, deren ureigenstes Interesse es ist, möglichst viele Leitungen zu betreiben und damit Umsatz für die Firma zu machen, soll die Stellungnahmen prüfen, von denen erwartungsgemäß die meisten gegen die Gleichstromtrassen argumentieren werden. Wer mit den Gleichstromtrassen einverstanden ist, wird sich abgesehen von Ausnahmen nicht an der Anhörung beteiligen.

**Wir fordern die Aussetzung des Anhörungsverfahrens, bis eine staatliche Stelle, z.B. eine Behörde, gefunden ist, die die Bearbeitung der eingegangenen Stellungnahmen übernimmt.**

**Als nächsten Schritt fordern wir, dass der Netzentwicklungsplan nicht von den Netzbetreibern erstellt wird, sondern von einer staatlichen Stelle.**

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Birzer, 1. Bürgermeister